Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Renkolb, Druck u. Verlag: Auer Druckerei u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 10.60 Mark, monatlich 5.30 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 36 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gedächtnis nicht garantiert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 107. | Dienstag, den 10. Mai 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Stellungnahme der Parteien zum Ultimatum ist noch immer nicht geklärt, es scheint aber, als ob die Neigung zum Unterschreiben wachse.

•

Die Regierungsbildung im Reiche soll auf ein Wiederaufleben der alten Koalition (Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten) zusteuern.

•

Wie der bayrische Ministerpräsident von Kahr, so ist auch Sachsens Ministerpräsident Buck nach Berlin gereist, um an den dortigen Entscheidungen teilzunehmen.

•

Die Lage in Oberschlesien ist dank der abwartenden und schlappen Haltung der Interalliierten Kommission andauernd ernst. Die Polen dringen immer weiter nach Westen vor.

•

Wie der Tempo meldet, äußerte Graf Sforza, daß demnächst eine neue Konferenz in Ostende unter Teilnahme Amerikas stattfinden würde.

Im Zeichen der Annäherung.

Es wird immer wahrscheinlicher, daß sich eine Verständigung anbahnt zwischen denen, die zuerst unbedingt für Ablehnung des Ultimatums waren, und den anderen zunächst viel weniger zahlreichen, die für eine glatte Annahme eintraten. Es hat sich gezeigt, daß doch allerlei Möglichkeiten dazwischen sich finden lassen, und auf diese Weise sind viele von ihrem extremen Standpunkt sozusagen nach der Mitte gerückt. Das bedeutet zugleich, daß die Möglichkeit einer Verständigung mit der Entente wieder etwas günstiger beurteilt wird. Beide Seiten, die ursprünglichen Ja- und Neinsager, glauben nicht, daß es mit der Entscheidung in ihrem Sinne zu Ende wäre. Beide denken an neue Verhandlungen und erhoffen davon eine Milderung der jetzigen Bedingungen. Ob sie beide damit recht haben würden und auf welchem Wege die Wahrscheinlichkeit größer ist, daß wirklich noch Milderungen gewährt werden, das steht freilich dahin. Jedenfalls hört man kaum noch etwas von einer kommentarlosen Absage, die auch schwerlich in Betracht kommt, noch von einer einfachen Unterschrift, sondern es kann nur noch die Rede sein entweder von einem motivierten Nein oder von einem Ja, das mit Forderungen oder energischen Fragen Deutschlands verbunden wäre. Eigentliche Bedingungen für unsere Zustimmung zu stellen, haben uns die Gegner freilich unmöglich gemacht, aber das besagt noch nicht, daß wir im Falle der Unterzeichnung wortlos einwilligten, sondern wir können z. B. protestieren gegen die dem Friedensvertrag zuwiderlaufende Verlängerung der Besetzungszeit für die Rheinlande, wir können als unser verbriefteß Recht fordern, daß die Entente in Oberschlesien Ordnung schafft, und wir können geltend machen, daß die Schleifung der ostpreußischen Festungen das schwerste Bedenken ist, das wir in der Entwaffnungsfrage anzuführen haben. Weit schwerwiegender, nebenbei gesagt, als die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehr. Wir können ferner die Aufhebung der bisherigen Sanktionen verlangen. Jedenfalls stehen sich die Meinungen, die nach wie vor geteilt sind, nicht mehr so schroff gegenüber wie Ende der vorigen Woche, und es ist nur die Frage, nach welcher Seite im entscheidenden Augenblick das Uebergewicht neigt, das vielleicht gar nicht groß sein wird. Zu hoffen bleibt nur, daß keine Zufallsmehrheit zustande kommt, d. h. daß die Abstimmung der Vollversammlung des Reichstages, die ja zweifellos stattfinden muß, in Hast, wenn es mittlerweile wieder spät geworden sein sollte, vorgenommen wird. Unverkennbar ist, daß die Mehrheitsverhältnisse für Ja und Nein, wenn man sich einmal so summarisch ausdrücken will, sich verschoben haben, daß die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung sich verringert hat.

Einen Anteil daran schreibt man der Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris Dr. Mayer zu, des Kanzlerkandidaten, der aber das Kabinett nicht bilden dürfte. Er hat u. a. am Montag vor einem zahlreichen Kreise von Abgeordneten gesprochen, und die Tatsache ist immerhin bemerkenswert, daß dies unter der Aegide des Vizekanzlers Heinze geschehen ist, der der Deutschen Volkspartei angehört. Wie verlautet, soll auch der Reichsschatzminister v. Raumer, der ebenfalls der Volkspartei angehört, in derselben Konferenz gesprochen haben, und zwar im selben Sinne wie Dr. Mayer, also für ein Ja. Das bedeutet zwar bei weitem noch nicht, daß eine Mehrheit in der Deutschen Volkspartei für die Annahme vorhanden wäre, aber es ist immerhin ein bemerkenswertes Anzeichen für den Stimmungsumschwung. Was das Zentrum anlangt, so hat die parteioffiziöse Korrespondenz am Sonntag mit Entschiedenheit bestritten, daß sich das Zentrum etwa auf Ablehnung festgelegt hätte, und inzwischen dürfte sich auch schon in der Zentrumsfraktion der linke Flügel noch verstärkt haben. Zu einem abschließenden Ergebnis ist noch keine Fraktion gekommen. Die Demokraten haben am Montagabend mit der preußischen Landtagsfraktion und dem Parteivorstand beraten. Das Ergebnis steht noch nicht fest.

Wachsende Stimmung für Annahme des Ultimatums.

Den Berliner Blättern zufolge haben gestern vormittag die Parteien der Regierungskoalition über die politische Lage beraten. Am Nachmittag sollte eine interfraktionelle Besprechung stattfinden, an der auch Mitglieder des geschäftsführenden Kabinetts teilnehmen sollten, die die Gesichtspunkte für und wider die Annahme des Ultimatums darlegen wollten. Nach dem B. T. soll ein gewisser Stimmungsumschwung innerhalb der Koalitionsparteien erkennbar sein. Vom Zentrum habe die Zahl der Abgeordneten, die für die Annahme der Londoner Beschlüsse sind, sich erheblich vermehrt; nur ein kleiner Bruchteil der Fraktion sei gegenteiliger Ansicht. Auch in der Demokratischen Partei sollen sich die Stimmen für die Unterzeichnung der Ententenote mehren und auch in der Deutschen Volkspartei beginne sich ein Meinungswechsel zu vollziehen. In der Sozialdemokratie hätte sich nach langen Beratungen eine große Mehrheit für die Annahme ergeben. Die Unabhängigen seien geschlossen für die Annahme des Ultimatums.

Die Sozialdemokratie unterschreibt, wälzt aber die Verantwortung ab!

Gemeinsame Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses: Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck, und die Besetzung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayrische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehr rechtzeitig, das heißt bis zum 30. Juni, zu entwaffnen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag und überschreiten weitaus die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schärfsten Protest heraus. Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angesichts der unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernsten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktates zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayrischen Entwaffnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommende fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.

Ein Kabinett Stresemann?

Der Umschwung innerhalb der Mittelparteien zugunsten einer Annahme des Ultimatums tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Man rechnet dabei schon mit ziemlicher Sicherheit, daß Stresemann unter dieser Voraussetzung die Kabinettsbildung übernehmen werde. Vielfach macht man die Annahme des Ultimatums von Zusicherungen der Entente hinsichtlich Oberschlesiens abhängig. Man hofft, auf solche Weise wenigstens Oberschlesien für Deutschland zu retten.

Auf dem Wege nach dem Rhein.

Die Einmarschvorbereitungen.

Die Vorbereitungen der Franzosen sind im vollen Gange. Der Mainzer Hauptbahnhof glich am Sonntag einem Heerlager. Nachmittag traf der erste Transportzug in Mainz ein, dem im Laufe der Nacht und des folgenden Tages zehn weitere Züge folgen sollten. Auch sonst machen sich die Truppenbewegungen allerorts bemerkbar. — Wie die Neue Zürcher Zeitung aus Straßburg meldet, sind die ersten französischen Transporte der neuerdings einberufenen Jahresklasse 1919 Sonntag in den elsässischen Grenzbezirken eingetroffen und nach der Pfalz und dem Rheinlande weiter gefahren, wo die Truppen vorläufig stationiert werden. Im nördlichen Elsaß sind der Bevölkerung Truppeneinquartierungen bereits angekündigt. — Am Sonnabend und Sonntag rollten zahlreiche Militärzüge durch das Saargebiet. Auf den Landstraßen bewegten sich ohne Unterlaß Kraftwagenkolonnen und Tankgeschwader, welche sämtlich die Richtung nach dem Rhein aufnahmen. Der Hauptteil der französischen 15. Division wurde am Sonntag über das Saargebiet nach der Rheinprovinz transportiert. — In Landau und Kaiserslautern sind seit Sonnabend nachmittag mehrere große Truppenzüge sowie Materialzüge durchgekommen. Die Gewehre der Soldaten sind, wie einstens bei dem Ausmarsch in den Krieg, mit Blumen geschmückt. Das 18. französische Infanterieregiment ist in Landau eingerückt und hat dort Quartiere bezogen.

Der Raub des Bahnhofes Herbesthal.

Wie Libre Belgique mitteilt, hat der Botschafterrat endgültig beschlossen, daß der Bahnhof von Herbesthal belgisch bleibe.

Die Besetzung des Ruhrtales.

Pertinax schreibt im Echo de Paris: Für uns bleibt die bedeutendste Affäre die Besetzung des Ruhrgebiets in möglichst kürzester Frist, was immer auch die Entscheidung bringen möge, die die Minister des Deutschen Reiches von heute bis zum 12. Mai treffen werden. Wenn die Ereignisse, die im Laufe sind, sich entwickeln, ohne daß wir dieses unerläßliche Pfand ergreifen können, dann muß die Partie, die Ministerpräsident Briand eingeleitet hat, als verloren betrachtet werden. Denn alles wird noch einmal von neuem zu machen sein. Es kann doch nur zu Enttäuschungen führen. — Reuter meldet: Die englische Trade-Union hat ihren beabsichtigten Einspruch gegen die Besetzung des Ruhrreviers zurückgezogen, nachdem Lloyd George dem Vorstande der Trade-Union erklärt hatte, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sofort wieder aufgehoben wird, wenn Deutschland das Ultimatum unterschrieben haben wird. — Der belgische Ministerpräsident gab in der Sonntagssitzung des Senates bekannt, daß der belgische Bergarbeiterverband die Unterstützung der Regierungsmaßnahmen in der Frage der Sanktionen gegen Deutschland ausgesprochen habe, falls die deutschen Bergleute des Ruhrreviers nach dessen Besetzung in den Streik oder in Sabotagehandlungen eintreten sollten.

Die Gewerkschaftsführer des Ruhrgebiets für Annahme.

Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsführer des Ruhrgebietes tritt für die Annahme des Ultimatums ein. Seit Sonntag treffen feldmarschmäßige Truppentransporte in Düsseldorf und Duisburg ein.

Frankreich nimmt Partei für die polnischen Aufrührer.

Briands Antwort auf die deutsche Note.

Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine vom 7. Mai datierte und von Briand unterzeichnete Note überreicht, in der der Empfang der deutschen Note vom vorangegangenen Tage mit dem Anerbieten event. deutscher Leistungen für die alliierte Besetzung in Oberschlesien bestätigt wird. Die in der deutschen Note übermittelten Forderungen rührten aus deutscher Quelle her, die in tendenziöser Weise die bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien übertrieben. Die falsche Nachricht deutscher Zeitungen, wonach der größte Teil des oberschlesischen Industriegebietes an Deutschland fallen solle, habe die Insurrektion entfesselt. Es seien energische Maßregeln zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit getroffen worden. Alle Truppen der Alliierten hätten voll ihre Pflicht getan, und es sei eine wesentliche Besserung der Lage eingetreten. Die Interalliierte Kommission habe an Ort und Stelle alle nötigen Vorkehrungen getroffen, um die durch Abgänge polnischer Elemente entstandenen Lücken auszufüllen. Von einer von außerhalb kommenden Hilfe könne nicht die Rede sein.

Diese französische Note enthält eine Reihe falscher Angaben. Falsch ist, daß die Nachricht von der Zuweisung des größten Teiles des oberschlesischen Industriegebietes an Deutschland aus deutscher Quelle stamme. Sie wurde zuerst, und zwar am 1. Mai, von dem Korfantyschen Organ, der Oberschlesischen Grenzzeitung gebracht und ist vorher in keiner deutschen Zeitung enthalten gewesen. Eine Besserung der Lage ist bis heute nicht eingetreten. In bezug auf ihre Darstellungen (Note vom 6. Mai) ist die deutsche Regierung außerordentlich vorsichtig gewesen. Die Darstellungen, die von englischen Herren gemacht wurden, die an Ort und Stelle Kenntnis von der Sachlage nahmen, gingen viel weiter, als die von deutscher Seite unterbreiteten Ausführungen. Es ist auch nicht richtig, daß die interalliierten Truppen durchweg ihre Pflicht getan hätten. Von den französischen läßt sich das wahrlich nicht sagen. Allerdings haben die italienischen Truppen in jeder Weise ihre Pflicht erfüllt, wie dies ja auch die bedauerlichen Opfer beweisen, die diese zu verzeichnen haben. — Die noch heute aus Oberschlesien eingegangenen Nachrichten beweisen, wie wenig man von einer Besserung der Lage sprechen kann. In Oppeln ist die Erregung der Bevölkerung aufs höchste gestiegen, nachdem die alliierten Truppen die Stadt verlassen haben. Die Wiederaufnahme der Arbeit, die gestern erfolgen sollte, ist ausgeblieben, wenigstens soweit Nachrichten aus Kattowitz und Beuthen vorliegen. In Beuthen wurden Arbeitswillige von den Ausständigen verjagt. Es ist zu befürchten, daß Nikolai in die Hände der polnischen Insurgenten fallen wird.

Reichswehr und Polenaufruhr.

Ein französischer Schritt in Berlin.

Der Matin teilt mit, daß der französische Botschafter in Berlin am Sonntag der deutschen Regierung im Auftrage der französischen Regierung erklärt habe, daß jedes Eingreifen der Reichswehr in Oberschlesien als eine Verletzung des Versailler Vertrages angesehen werde, dessen Artikel 88 ausschließ-